



Gabriele Schmidt
Mitglied des Bundestages

„Schmidts Berliner Brief“ 8/16

I. Das Wichtigste zuerst

1. Erfolg für die Union – Zügige Umsetzung der Flexi-Rente

Nach der Einigung mit unserem Koalitionspartner wollen wir erreichen, dass noch vor der Sommerpause der Gesetzentwurf kommt, damit die Flexi-Rente zügig umgesetzt werden kann. Mit der Flexi-Rente wollen wir Frühverrentung vermeiden und Anreize zum längeren Verbleib im Erwerbsleben erhöhen. Das Hinzuverdienstrecht wird außerdem wesentlich vereinfacht. Die Renteninformation wird transparent gemacht, damit die Menschen erkennen können, wie sich längeres Arbeiten lohnen kann und welche flexiblen Übergänge möglich sind.

Arbeitgeberbeiträge zur Rentenversicherung bringen derzeit keinen rentenrechtlichen Vorteil für die Beschäftigten. Künftig kann auch der Arbeitnehmer seinen Teil des Rentenbeitrages einzahlen, wodurch beide Beitragsteile rentensteigernd wirken. Der isolierte Arbeitgeberbeitrag zur Arbeitslosenversicherung bei Beschäftigten nach der Regelaltersgrenze soll zudem befristet auf fünf Jahre entfallen. Denn Arbeitnehmer, die die Regelaltersgrenze bereits erreicht haben, sind versicherungsfrei!

2. Leistungsansprüche für EU-Bürger nach dem SGB II und SGB XII

Wie in der [Ausgabe 1/16](#) bereits ausführlich berichtet, begrüße ich ausdrücklich die Pläne der Bundesregierung, das Sozialrecht für EU-Ausländer zu verschärfen. Wer nicht in Deutschland arbeitet, selbstständig ist oder Anrecht auf SGB-II

Liebe Leserinnen und Leser,

herzlich willkommen zur aktuellen Ausgabe!

Rerum Novarum – „über die neue Sache“ – ist die erste Sozialzyklika des als „Arbeiterpapst“ in die Geschichte eingegangenen Papstes Leo XIII. Sie ist die Grundlage der christlichen Soziallehre, die 1891 veröffentlicht wurde und bis heute nichts an ihrer Aktualität verloren hat. Aus Anlass des 125. Jubiläums von Rerum Novarum hielt Kardinal Reinhard Marx, der Vorsitzende der Deutschen und auch der Europäischen Bischofskonferenzen, eine bemerkenswerte Rede im Fraktionssaal der CDU/CSU, für mich eine willkommene Gelegenheit, abseits der politischen Tageshektik über grundsätzliche Dinge nachzudenken.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts führten radikale Veränderungen auf politischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, besonders in Wissenschaft und Technik, zu einer Spaltung der Gesellschaft in zwei Klassen. Es gab ein hohes Maß an sozialer Ungerechtigkeit. Wie für Leo XIII vor 125 Jahren gibt es auch für Kardinal Marx keine freie Wirtschaft ohne Ordnung des Staates. Der Staat muss den Rahmen geben, für soziale Gerechtigkeit sorgen. Aktueller denn je ist die Forderung nach einem gerechten Lohn und der freien Verfügung darüber; somit dem Schutz des Eigentums. Der Mensch ist, so Marx, erst frei, wenn er über sein Leben Herr ist, ohne Eigentum gibt es keine Freiheit. Gleichzeitig ist Eigentum nicht grenzenlos, die Güter der Erde sind für alle da. Arbeit und Kapital sollen in Solidarität, Frieden und Einigkeit miteinander auskommen.

Die zeitgemäße Interpretation von Rerum Novarum hat mich beeindruckt und veranlasst, wieder einmal über die Grundlagen der christlichen Soziallehre und mein Motto „Der Mensch ist wichtiger als die Sache“ nachzulesen und danach zu handeln.

Ich wünsche allen ein schönes Pfingstfest!

Herzliche Grüße

Gabriele Schmidt

Leistungen nach vorheriger Arbeit hat, wird in Zukunft innerhalb der ersten fünf Jahre keine dauerhaften Leistungen mehr nach SGB II oder SGB XII erhalten. Gleichzeitig wird im SGB XII ein neuer Anspruch auf Überbrückungsleistungen für alle von Sozialleistungen ausgeschlossenen EU-Bürger eingeführt. Diese Überbrückungsleistungen werden einmalig im Zeitraum von zwei Jahren, längstens jedoch bis zu vier Wochen, gewährt. Die Europäische Union ist keine Sozialunion. Es muss der Grundsatz gelten, dass nur diejenigen in den Genuss von Sozialleistungen kommen, die bei uns längere Zeit gelebt und entsprechende Beiträge entrichtet haben.

II. Die Woche im Parlament (Auszug)

1. Unser Antrag – Fluchtursachen bekämpfen – Aufnahmestaaten um Syrien und Libyen entwicklungspolitisch stärken. Der Bürgerkrieg in Syrien und die daraus resultierenden Flüchtlingsbewegungen treffen insbesondere die umliegenden Staaten wie die Türkei, Jordanien und den Libanon. Auch der Norden des Irak sowie zunehmend auch Libyen nehmen einen Großteil der syrischen Flüchtlinge auf – insgesamt etwa 4,8 Millionen Menschen. Die durch das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung koordinierte deutsche Entwicklungspolitik trägt dazu bei, Fluchtursachen zu bekämpfen und die Lage vor Ort zu verbessern. Dies geschieht etwa durch reguläre bilaterale Zusammenarbeit, Unterstützung überstaatlicher Institutionen wie den Vereinten Nationen oder eigenen Sonderinitiativen. Wir fordern die Bundesregierung auf, die begonnenen Maßnahmen fortzusetzen und weitere Anstrengungen vorzunehmen, um den eingeschlagenen Weg der Bekämpfung von Fluchtursachen erfolgreich fortzusetzen.



2. Gesetz zur Erleichterung des Ausbaus digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze. Um das schnelle Internet zügiger auszubauen, haben wir in dieser Woche das „Diginetzgesetz“ zur Reduzierung der Kosten beraten, die beim Ausbau digitaler Netze entstehen. Das Gesetz setzt auf drei Instrumente. Wir verbessern über eine zentrale Stelle bei der Bundesnetzagentur die Informationslage zu mitnutzbarer, schon bereitstehender öffentlicher Infrastruktur. Zweitens erleichtern wir den Netzbetreibern, etwa Abwasserleitungen, Fernwärmenetze oder Straßen und Schienen mitzunutzen. Auch an mitzuverlegende Leerrohre bei Infrastrukturmaßnahmen ist gedacht. Zusätzlich stellen wir klar, dass bei Erschließungsmaßnahmen in Neubaugebieten immer bereits Glasfaserkabel mitverlegt werden.

III. Sonstiges

1. Treffen der Arbeitnehmergruppe mit der Bundeskanzlerin

Bei unserem Treffen im Kanzleramt sprachen wir vor allem über das Thema Altersvorsorge und Altersrente. Die Arbeitnehmergruppe und die Kanzlerin sind sich einig, dass die betriebliche Altersvorsorge weiter ausgebaut werden muss, vor allem für diejenigen, die nicht nach den Tarifen bezahlt werden. Weiter müssen passende Antworten auf die Herausforderungen der digitalisierten Welt und neue Beschäftigungsformen in Bezug auf die Rentenversicherungspflicht gefunden werden.



(Bild: Bundesregierung /Sandra Steins)

2. Austausch „Know-how-Transfer“ 2016: Politik trifft Wirtschaft



Bereits zum 22. Mal organisierten die Wirtschaftsjuvenen den Know-how-Transfer mit den Abgeordneten des Deutschen Bundestages. In diesem Jahr hat mich Mirjam Großmann (s. Bild), Vorsitzende der Wirtschaftsjuvenen Stuttgart, eine Woche lang begleitet, um einen Einblick in den Politikbetrieb zu bekommen und mir bei der Arbeit über die Schulter zu schauen. Leider war auch in diesem Jahr niemand aus dem Wahlkreis dabei. Insgesamt nahmen rund 170 junge Unternehmer und Führungskräfte aus ganz Deutschland teil. Ich finde es wichtig, dass die Politik mit der Wirtschaft in Dialog tritt. Nur so können wir uns darüber austauschen, welche Auswirkungen politische Entscheidungen für das einzelne Unternehmen haben.

3. Parlamentarisches Patenschaftsprogramm 2017/2018 – Junge Botschafter gesucht!



Die Bewerbungsphase für das Austauschjahr 2017/2018 hat begonnen! Das Programm ermöglicht es jedes Jahr Schülerinnen und Schülern sowie jungen Berufstätigen, mit einem Stipendium des Deutschen Bundestages ein Austauschjahr in den USA zu erleben. Aktuell verbringt Natalie Griesser aus Klettgau ein Jahr in den USA. Im Sommer wird Louisa Schäfer aus Breitenau als Stipendiatin ihr Austauschjahr starten. Für beide habe ich die Patenschaft übernommen und würde mich freuen, wenn sich für das kommende Austauschjahr viele junge Menschen aus dem Wahlkreis bewerben würden. Ich unterstütze sie dabei! Bei Fragen hilft Ihnen Frau Hosp im Wahlkreisbüro unter 07741 – 8352605 gerne weiter.

4. Steigende Immobilienpreise erwartet



Die Landesbausparkassen rechnen aufgrund der anhaltend hohen Nachfrage auf dem deutschen Immobilienmarkt mit weiteren Preissteigerungen. Bis zum Jahresende wird dabei ein spürbarer Preisanstieg zwischen 3 und 4 Prozent erwartet. Die wachsende Nachfrage ist dabei insbesondere durch die attraktiven Finanzierungsbedingungen, die gute Einkommens- und Beschäftigungsentwicklung sowie den weiter steigenden Wohnraumbedarf bedingt. Insbesondere in und um die Großstädte im Süden des Landes werden Spitzenpreise erzielt: In München etwa kostet ein gebrauchtes, freistehendes Einfamilienhaus mit einer Million Euro mehr als fünfmal so viel wie in den ostdeutschen Großstädten Halle oder Magdeburg. Die Preise für neue Eigentumswohnungen steigen hingegen überall, insbesondere an touristisch interessanten Orten, in Ballungsräumen und Universitätsstädten. Dabei variieren die Preise in Groß- und Mittelstädten jedoch deutlich: Während der Quadratmeter im Osten Deutschlands zwischen 1.440 und 2.120 Euro kostet, liegen die Preise im Norden und Westen zwischen 1.890 und 3.080 Euro. Mit 2.900 bis 4.010 Euro sind die Quadratmeterpreise im Süden Deutschlands am höchsten. (Quelle: LBS Markt für Wohnimmobilien 2016)

IV. Aktuelle Termine/Hinweise

1. Bürgersprechstunde



Ich lade alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zur nächsten Bürgersprechstunde **am Dienstag, dem 17. Mai, ab 16.00 Uhr, in die Hauptstr. 18, Waldshut-Tiengen**, ein!

Ich freue mich auf viele interessante Begegnungen und Gespräche! Hier finden Sie die nächsten Termine: [Bürgersprechstunde](#)

2. [Meine Termine der nächsten Tage im Wahlkreis \(Auswahl\)](#):

- | | |
|-----------------|---|
| 19. Mai: | • Vorstandssitzung Frauen- und Kinderschutzhaus Kreis Waldshut e.V. |
| 20. Mai: | • Landwirtschaftlicher Gedankenaustausch mit BLHV, Freiburg |
| 23. Mai: | • CDA Bezirksausschusssitzung, Kirchzarten |
| 25. Mai: | • Gespräch mit Schwerbehindertenvertreter, LRA Waldshut |